

## **Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Aukrug ( Beitrags- und Gebührensatzung )**

Aufgrund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 58), und des §2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (AG-AbwAG) vom 23. November 1990 (GVOBl Schl. -H. S. 251), berichtigt durch Gesetz vom 8. Mai 1991 (GVOBl. S. 257), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Februar 1994 (GVOBl. Schl.-H. S. 124) und Verordnungen vom 2. Dezember 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 478) i. V. mit den §§ 1, 2, 4, 6, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig- Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.07.1996 (GVOBl. Schl.-H., S. 564), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 614) und Artikel II des Gesetzes zur Regelung abgabenrechtlicher Vorschriften vom 24.11.1998 und der §§ 31 und 31 a des Landeswassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.01.2004 (GVOBl. Schl.-H., S. 8), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 09. Dezember 2004 folgende Satzung erlassen:

### **I. Abschnitt**

#### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Gemeinde Aukrug betreibt nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Allgemeine Abwasserbeseitigungssatzung) zur unschädlichen zentralen Abwasserbeseitigung folgende jeweils selbstständige öffentliche Einrichtungen:
  - zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung im Ortsteil Homfeld,
  - zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung im Ortsteil Homfeld,
  - zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung in den Ortsteilen Innien, Böken, Bünzen und Bargfeld,
  - zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung in den Ortsteilen Innien, Böken, Bünzen und Bargfeld.
- (2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
  - a) Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage einschließlich der Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (Anschlussbeitrag),
  - b) Kostenerstattungen für die Herstellung zusätzlicher Grundstücksanschlüsse (Aufwendungsersatz),
  - c) Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Schmutz- und Mischwasseranlagen (Schmutzwassergebühren).
  - d) Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen (Niederschlagswassergebühren).
- (3) Grundstücksanschluss im Sinne des Absatzes 2 ist der Anschlusskanal von dem Straßenkanal (Sammler) bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks, ohne Kontrollschacht und Leitungen auf dem Grundstück.

### **II. Abschnitt Schmutzwasserbeitrag**

#### **§ 2 Grundsatz**

- (1) Die Gemeinde erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Zuschüsse, Schmutzwassergebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlagen einschließlich des jeweils ersten Grundstücksanschlusses gemäß § 1 Abs. 2 Buchstabe a Schmutzwasserbeiträge zur Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme erwachsenen Vorteile.

- (2) Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau und Erneuerung zentraler öffentlicher Schmutzwasserbeseitigungsanlagen wird in einer besonderen Satzung geregelt.

### **§ 3 Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die zentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden können und für die
- a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
  - b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen. Nach der Verkehrsauffassung handelt es sich insbesondere dann um Bauland, wenn ein Grundstück für Bebauungszwecke geteilt worden ist oder wenn entsprechende Beschlüsse gefasst worden sind.
- (2) Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. § 1 Abs. 6 der Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde gilt entsprechend.

### **§ 4 Beitragsmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung**

- (1) Der Abwasserbeitrag für die Schmutzwasserbeseitigung wird als nutzungsbezogener Flächenbeitrag erhoben.
- (2) Bei der Ermittlung des nutzungsbezogenen Flächenbeitrages werden für das erste Vollgeschoss 100 % und für jedes weitere Vollgeschoss 25 % der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht (Vollgeschossmaßstab). Als Vollgeschoss gelten alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Ist eine Geschosshöhe wegen der Besonderheit des Bauwerks nicht feststellbar, werden bei industriell genutzten Grundstücken je angefangene 3,50 m und bei allen in anderer Weise bauliche oder gewerbliche genutzten Grundstücke je angefangene 2,40 m Höhe des Bauwerks als ein Vollgeschoss gerechnet.
- (3) Als Grundstücksfläche nach Absatz 2 gilt
- a) bei Grundstücken, die im Bereich eines Bebauungsplanes liegen, die gesamte Fläche, wenn für das Grundstück im Bebauungsplan bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,
  - b) bei Grundstücken, die über die Grenzen des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, wenn für diese darin bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,
  - c) bei Grundstücken, für die kein Bebauungsplan besteht und die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (§ 34 BauGB), die Gesamtfläche des Grundstückes, höchstens jedoch die Fläche, die durch eine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB erfasst wird, ansonsten die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallelen, bei Grundstücken, die nicht an eine Straße angrenzen oder nur durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit einer Straße verbunden sind, die im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallelen,
  - d) bei Grundstücken die über die sich nach dem Buchstaben a bis c ergebende Grenze hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze, bzw. im Falle von Buchstabe c der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Parallelen hierzu, die in einer Tiefe verläuft, die der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht,

- e) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung ohne oder mit nur unter geordneter Bebauung festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden (z.B. Schwimmbäder und Festplätze nicht aber Sportplätze und Friedhöfe), 75 % der Grundstücksfläche, bei Campingplätzen jedoch 100 % der Grundstücksfläche,
- f) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz oder als Friedhof festgesetzt ist oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen oder der anschließbaren Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl (GRZ 0,2). Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt,
- g) bei bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen oder anschließbaren angeschlossenen Baulichkeiten, geteilt durch die GRZ (0,2). Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze durch diese Zuordnung eine gleichmäßige Flächenergänzung auf dem Grundstück erfolgt,
- h) bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellung eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist (z.B. Abfaldeponie), die Fläche des Grundstücks, auf die sich die Planfeststellung bezieht.

(4) Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 2 gilt

- a) soweit ein Bebauungsplan besteht, die darin festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse,
- b) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse nicht festgesetzt, sondern nur eine Baumassenzahl oder nur die Höhe der baulichen Anlagen angegeben ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl bzw. die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, wobei Bruchzahlen über 0,5 auf volle Zahlen aufgerundet werden. Bruchzahlen bis 0,5 finden keine Berücksichtigung,
- c) die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse, wenn aufgrund der tatsächlich vorhandenen Bebauung die Zahl der Vollgeschosse nach Buchst. a) oder die Baumassenzahl bzw. die Gebäudehöhe nach Buchst. b) überschritten werden,
- d) soweit kein Bebauungsplan besteht oder in dem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl bzw. die Gebäudehöhe bestimmt sind,
  - aa) bei bebauten Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
  - bb) bei bebauten Grundstücken, deren Gebäude ausschließlich Geschosshöhen aufweisen, die die nach landesrechtlichen Vorschriften geltende Mindesthöhe nicht erreichen, die Zahl von einem Vollgeschoss,
  - cc) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
  - dd) bei Grundstücken, die mit einem Kirchengebäude bebaut sind, die Zahl von einem Vollgeschoss,
  - e) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss,
  - f) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Schwimmbäder, Friedhöfe) wird ein Vollgeschoss angesetzt,

- g) bei Grundstücken im Außenbereich ( BauGB), für die durch Planfeststellungsbeschluss eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist, wird - bezogen auf die Fläche nach Absatz 3 Buchst. h) - ein Vollgeschoss angesetzt.  
Bei der Ermittlung der für die Festsetzung der Beitragshöhe geltenden Zahl der Vollgeschosse bleiben in den Fällen der Buchstaben a) - d) aa) Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die zentrale Schmutzwasserbeseitigung haben oder nicht angeschlossen werden dürfen, unberücksichtigt. Dies gilt jedoch nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich angeschlossen sind.
- (5) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 BauGB liegen, sind zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend anzuwenden, wie sie bestehen für
- a) Bebauungsplangebiete, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
- b) die im Zusammenhang bebauten Ortsteile, wenn die Satzung keine Bestimmung über das zulässige Nutzungsmaß enthält.

## **§ 5 Beitragssatz**

Der Beitragssatz für die Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlagen beträgt 1,50 Euro je qm beitragspflichtiger Fläche.

## **§ 6 Beitragspflichtige**

Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grundstücklich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

## **§ 7 Entstehung der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht jeweils mit der betriebsfertigen Herstellung der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage einschließlich des ersten Grundstücksanschlusses.
- (2) Für unbebaute Grundstücke, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) oder des Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB) liegen, entsteht die Beitragspflicht erst, wenn die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllt sind und das Grundstück mit anzuschließenden Gebäuden bebaut oder tatsächlich angeschlossen wird.
- (3) Im Falle des § 3 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit der Genehmigung des Anschlusses.
- (4) Ändern sich für ein bebautes Grundstück die für die Beitragsbemessung nach § 4 Abs. 3 Buchst. f) und g) sowie die nach § 4 Abs. 4 Satz 2 maßgebenden Umstände und erhöht sich dadurch der grundstücksbezogene Nutzungsvorteil, entsteht ein dem höheren Vorteil entsprechender zusätzlicher Beitrag. Höchstens kann jedoch nur die tatsächliche Grundstücksfläche angesetzt werden. In diesem Falle entsteht die Beitragspflicht mit dem Beginn der Maßnahmen, die den höheren Nutzungsvorteil entstehen lassen.

## **§ 8 Vorauszahlungen**

Auf Beiträge können angemessene Vorauszahlungen gefordert werden, sobald mit der Ausführung der Maßnahme begonnen wird. § 6 gilt entsprechend. Eine geleistete Vorauszahlung ist bei der Erhebung des endgültigen Beitrags gegenüber dem Schuldner des endgültigen Beitrags zu verrechnen.

## **§ 9 Veranlagung, Fälligkeit**

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung einer Vorauszahlung. Die Gemeinde kann einen späteren Zeitpunkt bestimmen.

### **III. Abschnitt**

## **§ 10 Erstattungsanspruch**

- (1) Für die Herstellung zusätzlicher Grundstücksanschlüsse durch die Gemeinde sind der Gemeinde die ihr entstandenen Kosten zu erstatten.
- (2) Die Kostenerstattungspflicht entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Grundstücksanschlusses und der Begründung des Anschlusszwanges. Die entstandenen Kosten werden durch Bescheid festgesetzt. Die Erstattungsforderung ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

### **IV. Abschnitt Schmutzwassergebühr und Niederschlagswassergebühr**

## **§ 11 Grundsatz**

- (1) Zur Deckung der Kosten für den laufenden Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung einschließlich Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals und zur Abgeltung der nach § 9 AbwAG zu entrichtenden Abgabe erhebt die Gemeinde für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungs-/Abwasserbeseitigungsanlagen Benutzungsgebühren (Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren) nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Die Schmutzwassergebühren werden in Form von Grund- und Zusatzgebühren erhoben. Die Niederschlagswassergebühren werden als Benutzungsgebühren erhoben.

## **§ 12 Grundgebühr für die Schmutzwasserbeseitigung**

Die Grundgebühr beträgt für jedes angeschlossene Grundstück im Sinne des § 2 der Abwassersatzung 3,00 Euro monatlich.

## **§ 13 Zusatzgebühr für die Schmutzwasserbeseitigung**

- (1) Die Zusatzgebühr wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Rechnungseinheit für die Gebühr ist ein cbm Schmutzwasser. Die Zusatzgebühr beträgt 2,38 Euro/je cbm für die Ortsteile Innien, Bünzen, Böken und Bargfeld (Anschluss an das Klärwerk Bünzen) und 1,76 Euro/je cbm für den Ortsteil Homfeld (Anschluss an die Klärteichanlage Homfeld).
- (2) Als in die öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage gelangt, gelten
  - a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
  - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
  - c) die tatsächlich eingeleitete Schmutzwassermenge bei Bestehen einer Schmutzwassermesseinrichtung.
- (3) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Schmutzwassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung

der Verbrauchs- bzw. der Einleitungsmenge der Vorjahre und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

- (4) Die Wassermengen nach Abs. 2 Buchstabe b) sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Die Wasserzähler sollen gut zugänglich und ablesbar sein. Die Gemeinde kann in besonderen Fällen auf den Einbau von Messeinrichtungen verzichten. Wenn die Gemeinde auf Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis für die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (5) Die Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Nachweis obliegt dem Gebührenpflichtigen und ist von ihm und auf seine Kosten durch Wasserzähler zu erbringen. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Soweit sich das in größeren Mengen verbrauchte und sonst nicht in die Abwasserbeseitigungsanlage gelangte Wasser nicht mit Hilfe von Messgeräten nachweisen lässt, kann die Gemeinde als Nachweis über die Wassermenge prüfbare Unterlagen verlangen und auf Kosten des Antragsstellers Gutachten anfordern. Die Gemeinde ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können. Für das zur Viehtränke verbrauchte Wasser ist ein pauschaler Abzug von der gemessenen Frischwassermenge von 9 cbm pro Jahr je Großvieheinheit zulässig. Die Anzahl der Großvieheinheiten ist vom Gebührenpflichtigen nachzuweisen.

#### § 14

##### **Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Niederschlagswasserbeseitigung**

- (1) Die Niederschlagswassergebühr wird nach der überbauten und befestigten Grundstücksfläche, von der aus Niederschlagswasser in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlage gelangt, unter Ansatz der in Abs. 2 festgelegten Gewichtung nach Abflussbeiwerten bemessen. Berechnungseinheit ist 1 qm. Flächen werden jeweils auf volle qm abgerundet.
- (2) Für die bebauten und befestigten Flächen nach Abs. 1 gelten folgende Abflussbeiwerte:
- |   |      |       |
|---|------|-------|
| • geneigte Dächer   | 0,90 |       |
| • Flachdächer (bis 5 Grad Dachneigung)  | 0,80 |       |
| • begrünte Dächer   |      | 0,20  |
| • Asphalt, Beton, verfugte Platten, verfugtes Pflaster o. ä.                                | 0,70 |       |
| • Betonverbundsteine, unverfugtes Pflaster, unverfugte Platten o. ä.                        |      | 0,60  |
| • Rasengittersteine, Schotter, Kies, Asche, Öko-Pflaster o. ä.                              |      | 0,20  |
| • unbefestigte Flächen (Rasen, Garten, Acker o. ä.), die über Drainagen ans Netz entwässern |      | 0,20. |
- (3) Ist auf dem Grundstück eine fest installierte und genehmigte Regenwassernutzungsanlage mit Überlauf in die öffentliche Abwasseranlage vorhanden, reduziert sich die Größe der nach Abs. 1 anzusetzenden Fläche auf 25 %.
- (4) Ist auf dem Grundstück eine Versickerungs- oder Verrieselungsanlage den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechend mit Überlauf in die öffentliche Abwasseranlage vorhanden, reduziert sich die Größe der nach Abs. 1 anzusetzenden Fläche, von der aus Niederschlagswasser in diese Anlage geleitet wird auf 25 %.
- (5) Wird das Niederschlagswasser durch einen privaten Teich, private Absetzbecken o. ä. in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet, reduziert sich die Größe der nach Abs. 1 anzusetzenden Fläche von der aus Niederschlagswasser in diese Anlage geleitet wird auf 80 %.
- (6) Das Aufstellen von Regenauffangbehältern (Tonnen o. ä.) führt nicht zu einer Reduzierung der nach Abs. 1 anzusetzenden Fläche.
- (7) Für Niederschlagswasser, das gewerblich oder häuslich gebraucht wird und in die öffentliche Abwasseranlage gelangt, wird eine Schmutzwassergebühr erhoben.
- (8) Wird unverschmutztes, aus einer öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlage bezogenes Wasser (z. B. Kühlwasser) in die Abwasseranlage eingeleitet, sind je 1 cbm eingeleiteter Wassermenge 1 qm befestigte Fläche nach Abs. 1 anzusetzen.
- (9) Die Gebührenpflichtigen gemäß § 15 dieser Satzung haben der Gemeinde auf deren Aufforderung binnen eines Monats die für die Gebührenberechnung erforderlichen Daten mitzuteilen. Maßgebend sind die am 01.01. des Erhebungszeitraumes bestehenden Verhältnisse. Änderungen der überbauten oder befestigten Flächen sind von den Gebührenpflichtigen unaufge-

fordert innerhalb eines Monats nach Eintritt der Gemeinde mitzuteilen. Sie werden ab Beginn des auf die Änderung folgenden Erhebungszeitraumes berücksichtigt. Die Erklärung ist eine Abgabenerklärung i. S. der Abgabenordnung.

(10) Kommen die Gebührenpflichtigen der Mitteilungspflicht nach Abs. 8 nicht fristgerecht nach, ist die Gemeinde berechtigt, die Berechnungsdaten zu schätzen. Die Schätzung gilt bis zum Ablauf des Erhebungszeitraumes, in dem der Mitteilungspflicht nachgekommen wird. Ein Anspruch auf Gebührenerstattung bei einer nachteiligen Schätzung besteht nicht.

(11) Die Benutzungsgebühr beträgt

- für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung in den Ortsteilen Innien, Böken, Bünzen und Bargfeld 0,45 Euro/je qm,
- für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung im Ortsteil Homfeld 0,48 Euro/je qm.

## **§ 15 Gebührenpflichtige**

(1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des Grundstückes, bei Wohnungs- oder Teileigentum der Wohnungs- oder Teileigentümer. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauerechthaber anstelle des Eigentümers gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück anfallenden Gebühren. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

(2) Bei Wechsel des Gebührenpflichtigen bleibt der bisherige Gebührenpflichtige bis zu dem Zeitpunkt haftbar, zu dem der Gemeinde der Wechsel mitgeteilt worden ist (vergl. § 19).

## **§ 16 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht**

Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und/oder der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird. Sie erlischt, sobald der Grundstücksanschlusskanal beseitigt wird oder die Zuführung von Abwasser endet.

## **§ 17 Erhebungszeitraum**

(1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) Soweit die Gebühr nach den durch Wasserzähler ermittelten Wassermengen erhoben wird, gilt als Berechnungsgrundlage für den Erhebungszeitraum der Wasserverbrauch der jeweiligen Abrechnungsperiode, die dem 31.12. des Kalenderjahres vorangeht. Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraumes die Gebührensätze, so wird der für die neue Gebühr maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet.

(3) Wechselt der Gebührensatz in einer Abrechnungsperiode und fällt die Abrechnungsperiode nicht mit dem Kalenderjahr zusammen, wird der Berechnung der Gebühr ein gleichmäßiger Wasserverbrauch in der Abrechnungsperiode zugrunde gelegt. Weist der Gebührenpflichtige durch Wasserzähler, die den Voraussetzungen des § 13 Abs. 4 S. 2 und 3 entsprechen müssen, nach, dass der tatsächliche Wasserverbrauch in der Abrechnungsperiode von dem nach S. 1 berechneten abweicht, wird der nachgewiesene Verbrauch der Berechnung zugrunde gelegt.

## **§ 18 Veranlagung und Fälligkeit**

(1) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festzusetzende Schmutzwassergebühr sind monatliche Abschlagszahlungen jeweils am 15. eines Monats zu leisten. Die Höhe der Abschlagszahlungen wird auf der Grundlage der Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt.

(2) Auf die für den Erhebungszeitraum festgesetzte Niederschlagswassergebühr können Abschlagszahlungen gemäß Abs. 1 Satz 1 festgesetzt werden.

- (3) Entsteht die Gebührenpflicht erstmalig im Laufe eines Rechnungsjahres, so wird der Abschlagszahlung diejenige Schmutzwassermenge zugrunde gelegt, die dem tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats entspricht. Diesen Verbrauch des ersten Monats hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde auf deren Anforderung unverzüglich mitzuteilen. Die Mengenschätzung erfolgt nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 durch das Amt Aukrug.
- (4) Die Abwassergebühren werden von der Gemeinde festgesetzt und sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung der Abschlagszahlungen. Die Gebühr und die Abschlagszahlung können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

## **V. Abschnitt Schlussbestimmungen**

### **§ 19 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflichten**

- (1) Die Abgabepflichtigen haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Gebühren nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück oder Veränderungen im Rechtsverhältnis der nach § 15 Absatz 2 Gebührenpflichtigen sind der Gemeinde von dem bisherigen und neuen Gebührenpflichtigen (z. B. vom Verkäufer und Erwerber, vom Vermieter und Mieter) innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Gebühren beeinflussen. (z. B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- und Abwassermessvorrichtungen), so hat der Gebührenpflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.
- (2) Beauftragte der Gemeinde dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Gebührenerhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Gebührenpflichtigen haben dies zu ermöglichen.

### **§ 20 Datenverarbeitung**

- (1) Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes nach § 24 - 28 Baugesetzbuch und der Gemeinde bekannt geworden sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramts durch die Gemeinde zulässig.

Die Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

- (2) Soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder die in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch einen Dritten erfolgt, ist die Gemeinde berechtigt, sich die zur Feststellung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und grundstückbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten von diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterzuverarbeiten.
- (3) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von den Absätzen (1) bis (2) anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

### **§ 21 Ordnungswidrigkeiten**

Zu widerhandlungen gegen Pflichten nach § 13 Abs. 4 und § 19 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.



**§ 22**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitrags- und Gebührensatzung vom 12.12.1996 außer Kraft.

**GEMEINDE AUKRUG**

Aukrug, den 14.12.2004

gez. Kuhnke

Bürgermeister